

Neues Bülacher Tagblatt

Freitag, 27. Oktober 2006

SVP Delegiertenversammlung Bezirk Bülach hat die Abstimmungsparolen gefasst

Am meisten zu reden gaben die Fremdsprachen

Kloten — An ihrer Delegiertenversammlung vom Mittwoch hat die SVP Bezirk Bülach ihre Parolen für die nahenden Abstimmungen vom 26. November gefasst. Sie sagt Ja zur Fremdsprachen-Initiative und Nein zu den beiden eidgenössischen Vorlagen über das Familienzulagengesetz und über die Kohäsionsmilliarde.



«Mit der Annahme der Vorlage würde das Osthilfegesetz zu einem Fass ohne Boden»: Nationalrat Hans Fehr. Bild Mitte: « Der Unterricht an der Schule darf nicht einseitig sprachlastig werden»: Kantonsrat Matthias Hauser. Bild rechts: «Die Zeit der Kuschel-Pädagogik sollte vorbei sein»: Kantonsrat Claudio Schmid. (Bilder: flo)

■ von Florian Schaefer

An der Delegiertenversammlung der Bezirks-SVP gab die Initiative «Nur eine obligatorische Fremdsprache an der Primarschule» mit Abstand am meisten zu diskutieren — und zwar deshalb, weil Kantonsrat Claudio Schmid eine kontradiktorische Behandlung des Traktandums wünschte. Während Schmid selbst sich gegen die Initiative aussprach, erläuterte Kantonsrat Matthias Hauser die Argumente der Befürworter. In allen übrigen Parolenfassungen entschied die Delegiertenversammlung am Mittwoch einstimmig.

Eine Fremdsprache, dafür richtig und ein ausgeglichener, nicht einseitig sprachlastiger Unterricht, das forderte Hauser und unterstützte deshalb die Initiative «Nur eine obligatorische Fremdsprache an der Primarschule» (Kantonale Vorlage). «Als Sekundarlehrer weiss ich, dass logisches Denken Grundlagen braucht, die in der Primarschule vermittelt werden sollten», sagte Hauser. Und an diesen Kompetenzen mangle es heute oft. Die Zeit solle daher insbesondere auch auf naturwissenschaftliche Fächer verwendet werden, denn sie förderten das logische Denken der Schüler, meinte Hauser. «Wir haben heute zu wenig Leute, die gut entscheiden können aber ausreichend Leute, die die schlechten Entscheide später «schönschnurren» können.» Die Volksinitiative brauche es, weil der kantonale Bildungsrat trotz starker Opposition das Fach Englisch in der Primarschule eingeführt hatte.

Claudio Schmid hielt dagegen, dass Kinder, Eltern, Gewerbe und Wirtschaft «de Plausch» hätten am Fach Englisch. «Kinder wollen lernen. Abgesehen davon müssen wir in der Bildung ohnehin wieder anziehen. Nicht nur deshalb solle man Kinder auch fordern. «Die Zeit von Kuschel-Pädagogik und Wohlfühl-Bildung sollte zu Ende sein», so Schmid. Dass

Sprachen innerhalb der Bildung von zentraler Bedeutung seien, darin war man sich an der DV einig. Und man einigte sich ferner auch darauf, dass es am Ende um die Frage gehe, was der effizientere Weg sei, den Schülern die Sprachen möglichst früh spielerisch, oder später intensiver zu vermitteln. Eine abschliessende Antwort darauf hielt die SVP im Klotener Restaurant Frohsinn nicht bereit. Die Versammlung sprach sich schliesslich mit 23 zu 11 Stimmen (bei drei Enthaltungen) für eine Ja-Parole zur Initiative aus.

«Ein Fass ohne Boden»

Im weiteren Verlauf der DV referierte Nationalrat Hans Fehr zur eidgenössischen Abstimmungsvorlage der Kohäsionsmilliarde. «Es ist niemand gegen die Osthilfe», machte er deutlich. «Aber auch wer im Osten finanziell Unterstützung leisten will, der sollte die Vorlage ablehnen und ein neu ausgearbeitetes Gesetz verlangen.» Einerseits werde das Stimmvolk ausgeschaltet, da es zu keinem späteren Zeitpunkt über weitere Zahlungen befinden könne, andererseits zahle man Geld in ein Fass ohne Boden, meinte Fehr.

Gegen das Bundesgesetz über die Familienzulagen, das ebenfalls am 26. November zur Abstimmung kommt, argumentierte Nationalrat Hans Rutschmann. «Bislang sind die Kantone für die Ausbildungs-, Kinder- und Geburtszulagen zuständig. Bei Annahme der Vorlage würde auf Bundesebene ein Mindestansatz festgelegt. Die finanziellen Folgen davon sind jährlich wiederkehrende 600 Millionen Franken, von denen 450 Millionen die Arbeitgeber zu berappen hätten. Das ist eine massive Belastung der Wirtschaft», sagte Rutschmann. Damit würden falsche Anreize geschaffen. Wollte man die finanzielle Situation der Familien verbessern, dann sei das Steuergesetz das weit bessere Instrument dazu. Die DV der SVP Bezirk Bülach beschloss für beide eidgenössischen Vorlagen einstimmig die Nein-Parole.